AUSGUCK 4.18

DAS MAGAZIN DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION IM LAND BREMEN

FACEBOOK: CDU-FRAKTION LAND BREMEN • **TWITTER:** TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

CDU FORDERT GANZTAGS-GARANTIE

EINES DER WICHTIGSTEN INVESTITIONSPROJEKTE DER NÄCHSTEN 15 JAHRE: DIE CDU-FRAKTION PLANT AB 2020 DIE VERLÄSSLICHE UND QUALITATIVE GANZTAGS-BETREUUNG – FÜR JEDES KIND, VOM KINDERGARTEN BIS ZUM SCHULABSCHLUSS.

MEHR DAZU AB SEITE 3.

INHALT

AUSGUCK 4.18

3–4 DAS THEMA

Die CDU-Fraktion fordert verlässliche und qualitative Ganztagsgarantie von der Kita bis zum Schulabschluss

5–10 AUS DER FRAKTION

CDU will Masche mit gekauften Vaterschaften beenden / Eine neue Broschüre fasst die Ergebnisse der fünf Gesundheitsdialoge zusammen / Urban Sketching von Till Lenecke – eine neue Ausstellung im CDU-Haus am Wall / Susanne Grobien, wissenschaftspolitische Sprecherin, fordert mit ihren Kollegen mehr Tempo bei der Digitalisierung von Hochschulen / Bremer CDU-Fraktion auf der Frankfurter Buchmesse /

9 GASTKOMMENTAR

Prof. Dr.-Ing. Peter Ritzenhoff, Rektor der Hochschule Bremerhaven, über die Chancen und Herausforderungen von Digitalisierung für die Hochschulen

11 DAS INTERVIEW

...mit Carola Markwa, Geschäftsführerin Börsenverein des deutschen Buchhandels Nord: »Im Buchladen um die Ecke sind Sie kein Algorithmus, sondern werden als Mensch wahrgenommen.«

12 DER ROT-GRÜNE FEHLER

Rot-Grün stimmt weiterhin gegen eine Novellierung des Finanzzuweisungsgesetzes und blockiert damit gerechtere Finanzen für Bremerhaven

Jedes Kind, das ab 2020 in die Kita kommt, soll nach Willen der Christdemokraten eine Ganztags-Garantie bis zu seinem Schulabschluss bekommen. Damit alle Kinder – unabhängig von Herkunft oder Sozialisation – bei ihrer Einschulung die gleichen Chancen haben, will die Fraktion außerdem das dritte Kindergartenjahr analog zu Schulpflicht ausgestalten. Insgesamt stellt der Bildungsimpuls das größte und zugleich wichtigste Investitionsprojekt für die kommenden Jahre dar. Das Konzept entwickelte die CDU-Fraktion gemeinsam mit dem renommierten Bildungsforscher Prof. Dr. Christian Palentien.

»Wir wollen die Chancengerechtigkeit für alle Kinder erhöhen, Integration erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern«, fasst Thomas Röwekamp die Ziele des Vorstoßes zusammen. »Dieses Versprechen wollen wir Familien geben und nach der Wahl im Mai in Regierungsverantwortung auch umsetzen. Bildung wird programmatisch aber auch finanziell unser Schwerpunkt sein«, betont der Fraktionsvorsitzende. Insbesondere für Alleinerziehende sei ein flächendeckendes, verlässliches und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot Voraussetzung dafür, einem Beruf nachzugehen. Damit trifft die Fraktion den Wunsch vieler Bremer und Bremerhavener: Eine Umfrage hat vor wenigen Monaten ergeben, dass sich 80 Prozent der Menschen ein Ganztagsangebot wünschen.

Das Konzept, das Thomas Röwekamp und der finanzpolitische Sprecher, Jens Eckhoff, gemeinsam mit dem Wissenschaftler Prof. Dr. Christian Palentien Anfang Dezember öffentlich vorgestellt haben, sieht einen aufwachsenden Ansatz vor. Das heißt, der Kita-Jahrgang 2020 soll erstmals von dem Versprechen profitieren und eine Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen können, an den Grundschulen muss dann folglich ab 2023 eingesetzt werden. Dafür werden zusätzliche Kindergarten- und Schulplätze sowie gut ausgebildete Erzieher sowie Lehrer benötigt. Denn sowohl in den Kindertagesstätten als auch an den Grundschulen wird sich die Situation auf Grund steigender Kinderzahlen in den nächsten Jahren zuspitzen.

Der Anteil der Kindergartenkinder steigt nach der Prognose von Prof. Christian Palentien bis 2022 stark an. Derzeit gibt es im Land Bremen gut 18.000 Kinder in dieser Altersgruppe, Ende 2022 werden es rund 20.500 sein, danach sinken die Zahlen wieder. An den Grundschulen ist der quantitativ stärkste Jahrgang Mitte des kommenden Jahrzehnts zu erwarten. »Wir müssen uns daher so-

Gut gelaunt stellen Thomas Röwekamp und Jens Eckhoff das wegweisende Ganztags-Konzept für Bremen vor. Credo: Chancengerechtigkeit für alle Kinder!

VON ANFANG AN GUT BETREUT:

CDU-FRAKTION WILL GANZTAGS-GARANTIE SCHAFFEN

Ein kurzer Film erklärt Ihnen den Impuls der CDU-Fraktion:

MEDIABAR

KURZ UND KOMPAKT.

SEITE 4
IMPULSPAPIER GANZTAGS-BETREUUNG

5
ANTRAG VATERSCHAFTS-ANERKENNUNGEN

8
RESOLUTION DIGITALE HOCHSCHULE

Bildungsforscher Prof. Dr. Christian Palentien erläutert auf der Pressekonferenz den gemeinsam erarbeiteten Lösungsansatz

Das schriftliche Konzept mit allen Zahlen und Fakten lesen Sie hier:

wieso auf mehr Kindergartenkinder und Grundschüler einstellen. Aber natürlich können wir uns die Pädagogen nicht backen«, sagt Röwekamp in Hinblick auf den Fachkräftemangel. Die Christdemokraten wollen deshalb die Ausbildungskapazitäten für Lehrer an der Universität ausweiten sowie übergangsweise die Hürden für den Quereinstieg unbürokratischer machen. Die Erzieherausbildung soll außerdem durch eine Vergütung attraktiver werden. Denn die Mehrzahl der Anwärter absolviert aktuell eine unbezahlte, schulische Ausbildung.«Das ist weder wertschätzend noch attraktiv. Der Erzieherberuf sollte deshalb wie jede andere Ausbildung dual werden. Dann bekommen die angehenden Erzieherinnen und Erzieher nicht nur ein Gehalt, sondern sind stundenweise auch schon in den Kitas einsetzbar,« sagt Jens Eckhoff, finanzpolitischer Sprecher der CDU. Ein Modellprojekt für die duale Ausbildung gibt es schon in Bremen, allerdings nur mit 50 Plätzen. »Da gab es über 200 Bewerbungen drauf, das zeigt doch, wie wichtig der Ausbau ist.«

Der Bildungswissenschaftler Prof. Dr. Christian Palentien arbeitet und forscht an der Universität Bremen. Er hat für die CDU-Fraktion berechnet, das für die ersten Jahre mindestens eine halbe Milliarde Euro für die Ganztags-Garantie investiert werden müsste. Die zusätzlichen Erzieher und Grundschullehrer, die auf Grund der steigenden Kinderzahlen in den kommenden Jahren ohnehin gebraucht werden, kosten jeweils rund 100 Mio. Euro. Der größte Posten sind mit rd. 341 Mio. Euro die Mehrkosten für den Ganztagsausbau, darunter fallen unter anderem Kosten für Lern- und Spielmaterialen, die Mittagsversorgung oder pädagogische Kräfte, zum Beispiel für die Früh- und Spätbetreuung. »Wir wissen, dass das ein gewaltiger finanzieller Kraftakt ist. Zumal aus dem laufenden Haushalt auch noch der rot-grüne Sanierungsstau an den Bremer Schulgebäuden beseitigt werden muss«, weiß Eckhoff, »aber die Chancen unserer Kinder sollten uns das wert sein. Bildung ist für uns das wichtigste Investitionsprojekt des kommenden Jahrzehnts. Und wir sind überzeugt, dass es sich auszahlt: Weil gut ausgebildete Menschen auf Dauer weniger Sozialleistung und Unterstützung bedeuten.«

Die Finanzierung sei ab 2020 zwar kein Kinderspiel, aber machbar. Denn dann wird Bremen mit rund 400 Mio. Euro jährlicher Unterstützung vom Bund entlastet. »Wir stehen nach wie vor dazu, dass wir dieses Geld nach Möglichkeit gerne komplett zu Schuldentilgung einsetzen wollen. Denn auch das ist bei allem Investitionsbedarf eine wichtige Aufgabe, um die nachkommenden Generationen nicht auf einem Schuldenberg sitzen zu lassen. Und allein durch die entstehenden Zinsersparnisse plus die 87 Mio. Euro, die Bremen ab 2020 jedes Jahr aus der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern erhält, ergibt sich bis 2035 eine ordentliche Investitionssumme von knapp 3 Milliarden Euro«, erklärt Eckhoff, der auch Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses ist.

Während das Ganztags-Angebot zunächst freiwillig bleiben soll, wollen die Christdemokraten das dritte Kindergartenjahr zur Pflicht machen. »Viele Kinder starten heute mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule, die dann kaum noch aufgefangen werden können. Das ist ungerecht, denn es beeinflusst den gesamten Lebensweg. In einer Art Vorschuljahr könnten sprachliche, motorische oder kognitive durch individuelle Förderung ausgeglichen werden«, erklärt der Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp. Wie eine Kindergartenpflicht im dritten Jahr rechtlich auszugestalten sei und ob eine Änderung des Grundgesetzes dafür überhaupt notwendig werde oder analog zur Schulpflicht gesetzeskonform eingerichtet werden könne, müsse geprüft werden. »Es darf bei so einer Sache nicht um Formalien und Bedenkenträgerei gehen, sondern um eine gerechte und sinnvolle Lösung für die Kinder«, macht Röwekamp deutlich. ✖

CDU WILL MASCHE MIT GEKAUFTEN VATERSCHAFTEN BEENDEN

Immer häufiger zahlen ausländische Frauen ohne sicheren Aufenthaltsstatus viel Geld an deutsche Männer, damit diese die Vaterschaft ihres Kinders anerkennen und sie selbst so ein Bleiberecht in Bremen bekommen. Die CDU fordert, dass jede Möglichkeit geprüft wird, um zu verhindern, dass Scheinvaterschaften zur Sicherung des persönlichen Aufenthaltsstatus missbraucht werden.

Eine Vaterschaftsanerkennung hat in der Regel praktische Gründe: Sie muss zum Beispiel dann erfolgen, wenn ein Vater nicht mit der Kindesmutter verheiratet ist. Aber die biologische Vaterschaft ist keine zwingende Voraussetzung. Mit der Anerkennung einer Vaterschaft gehen Rechte und auch Pflichten einher, dazu zählen die Unterhaltspflicht, der Umgang und auch die elterliche Sorge. Bei einer Scheinvaterschaft erkennt ein Mann dagegen die Elternschaft an, obwohl er weder der leibliche Vater des Kindes ist, noch eine sozial-familiäre Beziehung zu ihm hat. In diesem Fall wird die Scheinvaterschaft benutzt, um den Aufenthaltsstatus der Mutter beziehungsweise des Kindes zu begründen. »Leider ist davon auszugehen, dass diese Masche auch in Bremen immer häufiger eingesetzt wird, um das Bleiberecht zu sichern«, sagt Sandra Ahrens, familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Laut Ausländerbehörde gibt es in Bremen einzelne Männer, die bis zu 14 Vaterschaften anerkannt haben. »Hier werden durch kriminelle Strukturen nicht nur die Notlage der geflüchteten Frauen ausgenutzt, sondern auch unsere Sozialsysteme, zum Beispiel bei der Gewährung von Unterhaltsvorschüssen«, macht Ahrens deutlich.

Doch die rechtliche Handhabe ist schwierig. Eine vom Gesetzgeber bereits im Jahr 2008 geschaffene Regelung wurde vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft. Die Richter waren zwar der Auffassung, dass der Gesetzgeber einen legitimen Zweck verfolge, indem er versuche die gezielte Umgehung des Aufenthaltsrechts zu unterbinden, in der konkreten Ausgestaltung verstießen die gesetzlichen Regelungen jedoch gegen das Grundgesetz. »Trotzdem ist für uns diese Situation nicht hinnehmbar und auch keinem Bürger zu vermitteln«, sagt Sandra Ahrens. Mit einer Initiative für die Bremische Bürgerschaft fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung deshalb auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine rechtssichere und verfassungskonforme Möglichkeit einzusetzen, mit der Behörden missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen anfechten können bzw. durchsetzen, dass die Scheinväter tatsächlich Unterhaltszahlungen leisten. »Natürlich muss sichergestellt sein, dass ein Kind in Folge der Aufhebung der Vaterschaftsanerkennung nicht einfach staatenlos wird oder wenn es bereits mehrere Jahre in Deutschland aufgewachsen ist, einfach aus dem Umfeld herausgerissen wird. Die betroffenen Kinder können nichts für den Missbrauch«, stellt die familienpolitische Sprecherin klar. ✖

Hier finden Sie die vollständige Initiative

GESUNDHEIT NEU DENKEN

ERGEBNISSE DER 5 GESUNDHEITSDIALOGE

Die Veranstaltungen zum Gesundheitsdialog stießen in Bremen und Bremerhaven auf große Resonanz. Eine Broschüre soll die Ergebnisse jetzt aufgreifen und in die politische Arbeit einbringen.

Über ein halbes Jahr haben die Gesundheitsexperten der CDU-Fraktion das Ohr direkt beim Patienten gehabt: In einer 5-teiligen Veranstaltungsreihe diskutierten die Politiker in Bremen und Bremerhaven mit Bürgerinnen und Bürgern, Pflegern, Hebammen und Ärzten über gesundheitspolitische Fragen. Was die Ergebnisse, Herausforderungen und Maßnahmen aus den fünf Gesundheitsdialogen für die bremische Gesundheitspolitik bedeuten, fasst eine aktuelle Broschüre zusammen.

5 Termine, 5 Orte, 5x verschiedene Ideen: Mit dem Gesundheitsdialog hat die CDU-Fraktion den Nerv vieler Menschen in Bremen und Bremerhaven getroffen. »Das Format hat gezeigt, wie wichtig es ist, beim Thema Gesundheit den Dialog zu suchen. Viele Bürger sind verunsichert, wie es bei der Gesundheitsversorgung und Pflege weitergeht. Uns geht es dabei nicht nur um Aufklärung, sondern einfach auch ums Zuhören«, resümiert Rainer Bensch, Sprecher für Gesundheit bei der CDU-Fraktion.

Bei den gut besuchten Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven habe sich gezeigt, dass zu einer guten Gesundheitsversorgung weit mehr gehöre als der wohnortnahe Hausarzt oder das gut ausgestattete Krankenhaus nebenan. »Die Menschen wünschen sich mehr (Er-)Klärung und den Dialog auf Augenhöhe mit ihrem Arzt in aller Ruhe. Aber natürlich geht es auch darum, einfach den richtigen Facharzt zu finden oder im Ernstfall schnell in der Notfallambulanz der Krankenhäuser Hilfe zu bekommen«, sagt Bensch, der zusammen mit seinen fachpolitischen Fraktions- und Deputationskollegen die Veranstaltungen moderiert hat.

Gemeinsam haben sie nach dem letzten Dialog im Oktober bilanziert, welche Aufträge an die Politik aus den Diskussionen hervorgehen. Aktuell entsteht eine umfangreiche Broschüre, die Auskunft darüber gibt, welche Maßnahmen rund um die Themenfelder Gesundheit und Pflege die Christdemokraten angehen wollen und wie sie sich die moderne, zukunftsgerechte Gesundheitspolitik vorstellen. Die Broschüre erscheint Anfang

des kommenden Jahres und ist dann unter www.cdu-fraktion-bremen.de downloadbar.

Ein paar Einblicke gibt Rainer Bensch schon jetzt: Unter anderem regen die Gesundheitspolitiker an, die Apotheken als festen und vertrauensvollen Anlaufpunkt in den Stadtteilen und Quartieren zu stärken und deren Beratungsqualität noch mehr herauszustellen. »Vertrauensvoll und persönlich geführte Apotheken sind in der Stadtgesellschaft nicht zu unterschätzen«, macht Bensch deutlich. Denkbar sei zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, mit Gesundheitsinitiativen, mit Sportvereinen, für Präventionsprogramme oder auch für Selbstmedikationsprojekte. Damit Ärzte zukünftig mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten haben, will die CDU-Fraktion die Möglichkeiten der Digitalisierung besser nutzbar machen. So sollen Praxen von Bürokratie entlastet werden, indem zum Beispiel Rezepte und Termine flächendeckend online vereinbart werden können. Die Stärkung von Gemeinschaftspraxen soll es nicht nur Medizinern vereinfachen, Familie und Beruf zu vereinbaren, sondern durch flexiblere Öffnungszeiten, auch abends und an Sonnabenden, mehr Service für die Patienten sicherstellen. ✖

KUNST MEETS POLITIK:

CDU-FRAKTION ZEIGT NEUE AUSSTELLUNG

Es hat bereits Tradition: In regelmäßigen Abständen bietet die CDU-Fraktion Bremer Künstlern eine Plattform an, um sich und ihre Werke zu präsentieren und so zu Stärkung der freien Kulturszenen in Bremen beizutragen. Ab Februar 2019 ist es wieder soweit!

Endlich wieder was für die Sinne: Ab Februar zeigt die CDU-Fraktion in ihren Räumlichkeiten (Am Wall 135, 28195 Bremen) rund 40 Kunstwerke des Urban Sketchers Till Lenecke. Ähm, Sketcher, was? Urban Sketching ist die Kunst zwischen Malerei und Fotografie. Till Lenecke hat sich dabei – als gebürtiger Hamburger! – von Bremen und dem Lebensgefühl an der Weser inspirieren lassen. Mit Stift und Papier ist er durch die Stadt gezogen und hat bekannte Plätze und unbekannte Ecken mit schnellen Strichen eingefangen. Entstanden sind dabei lauter kleine Kunstwerke mit liebevollen Details und großem Gefühl.

Darum, bitte vormerken und weitersagen: Die Eröffnung der Vernissage mit den Bildern des Comiczeichners und Illustrators findet am 21. Februar, um 18 Uhr im CDU-Haus, statt. Alle Neugierigen sind dazu herzlich eingeladen. Und auch danach kann die Ausstellung kostenlos drei Monate von Mo. bis Do. von 9-17 und Fr. bis 16 Uhr besucht werden.

✖

Tolle Kulisse in Bremerhaven: Dort trafen sich die Wissenschaftsexperten der CDU / CSU-Fraktionen zu ihrer Arbeitssitzung. Highlight neben dem fachlichen Austausch war der Besuch im Klimahaus.

»HOCHSCHULEN MÜSSEN DIGITALE PIONIERE WERDEN!«

Alle Forderungen der wissenschaftspolitischen Sprecher der CDU / CSU-Fraktionen finden Sie in der verabschiedeten Resolution:

Die wissenschaftspolitische Sprecherin Susanne Grobien und ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen CDU / CDU-Fraktionen fordern bei der Digitalisierung von Hochschulen mehr Tempo. Ein entsprechendes Maßnahmenpapier haben die Wissenschaftspolitiker bei ihrer Sprechertagung in Bremerhaven verabschiedet.

Ob E-Government, Industrie 4.0, Roboter in der Pflege oder digitale Klassenzimmer – das Thema Digitalisierung bestimmt heutzutage viele politische Debatten. Die Digitalisierung von Hochschulen ist dabei allerdings zu kurz gekommen, findet die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Susanne Grobien: »Unsere Hochschulen und Universitäten sind die Keimzelle unseres Fortschrittes. Sie müssten eigentlich eine Schlüsselrolle bei der Digitalisierung einnehmen. Aber die Realität sieht anders aus. Es gibt in Lehre, Forschung und Verwaltung zwar viele Einzelmaßnahmen, aber kaum etwas Flächendeckendes. Die derzeitigen Digitalisierungsaktivitäten der Hochschulen beschränken sich weitestgehend auf grundlegende Infrastruktur-Angebote.« Eine Studie im Auftrag des »Hochschulforums Digitalisierung« von 2016 kommt zu einem ähnlichen Schluss und bemängelt, dass neben einer einheitlichen Digitalisierungsstrategie auch die notwendige Infrastruktur und eine gesicherte Finanzierung fehle. Auch hinsichtlich rechtlicher Aspekte herrsche in der deutschen Hochschullandschaft große Verunsicherung. Ihren wissenschaftspolitischen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern hat sie deshalb genau diesen Schwerpunkt für die gemeinsame Tagung Mitte Oktober in Bremerhaven vorgeschlagen.

Sie ist sich sicher: »Es ist viel mehr möglich, als nur die Bewerbung für ein Studium oder die Literaturrecherche online am PC zu erledigen. Hochschule müssen digitale Pioniere werden!« Und tatsächlich gibt es sowohl für Universitäten, Forscher aber auch für Lehrende und Studierende viele Argumente für eine Entwicklung hin zum »Studieren und Forschen 4.0«. Neben einheitlichen Campusmanagement-Systemen, über die zum Beispiel die Personal- und Raumverwaltung oder die Finanzplanung gesteuert werden, und einer hochschul- und länderübergreifenden Infrastruktur, wie zum Beispiel Forschungsdatenbanken, über die von überall aus auf alle Forschungsergebnisse zugegriffen werden kann, sieht Susanne Grobien auch ganz unmittelbare Verbesserungsmöglichkeiten für den studentischen Alltag. Aus ihrer Sicht werden die Potenziale von E-Learning aktuell nicht voll genutzt. »Eine professionelle und qualitative Alternative zur traditionellen Präsenzlehre würde viele Studierende, die ihr Studium selbst finanzieren müssen, Kinder haben oder sich ehrenamtlich engagieren, unglaublich entlasten. Auch Berufstätigen wird es leichter gemacht, ein begleitendes Studium aufzunehmen. Für gute Angebote fehlt es aber häufig an der fachlichen und didaktischen Weiterbildung der Lehrenden, wie eine Online-Vorlesung umgesetzt und gestaltet werden kann. Das muss verbessert werden«, macht die CDU-Abgeordnete deutlich. Zudem will sie es Studierenden einfacher machen, zwischen verschiedenen Universitäten zu wechseln und Auslandsaufenthalte zu organisieren. »Obwohl die europaweiten, einheitlichen Bachelor- und Masterstudiengänge genau das erfüllen sollten, ist ein Wechsel oft kompliziert. Ich halte eine E-Akte für Studierende für sinnvoll, über die Studienleistungen und Daten über hochschulübergreifende und systemumbruchsfreie Systeme einfach übermittelt werden können«, sagt Grobien. ✖

LERNEN AN HOCHSCHULEN IM DIGITALZEITALTER

WAS BEDEUTEN DIE MIT DEM DIGITALZEITALTER EINHERGEHENDEN UMBRÜCHE FÜR DIE HOCHSCHULEN?

Die Hochschulen müssen und werden bei der Digitalisierung der Gesellschaft eine Vorreiterrolle einnehmen. Innerhalb der Hochschulen werden organisatorische, technologische sowie didaktische Herausforderungen berührt. Für den Erfolg wird entscheidend sein, inwieweit die Digitalisierung nicht ausschließlich als Domäne der Informatik sondern als Querschnittsthema in allen Disziplinen gesehen wird.

Mindestens genauso folgenreich werden die Art der zwischenmenschlichen Kommunikation und damit auch die Didaktik in unterschiedlichsten Lernzusammenhängen tangiert. Was sind nun die Konsequenzen für das Lernen in Hochschulen aufgrund der Digitalisierung? Alleine auf Video aufgezeichnete Vorlesungen würden lediglich eine Verlagerung der herkömmlichen ‚Stoffdarbietung' darstellen, auch wenn die Flexibilisierung von Lehrangeboten in Zeit und Ort schon sinnvoll sind. Die wirklichen Potenziale der Digitalisierung gehen jedoch noch weit über solche Ansätze hinaus.

Wilhelm von Humbold sagt: Im Grunde sind es die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben. Dieser Satz gilt auch bei der Digitalisierung im Zusammenhang mit Lernvorgängen. Die persönliche Kontaktzeit zwischen Lehrenden und Lernenden wird auch in Zukunft zur kostbarsten und wertvollsten Zeit im Lernprozess zählen. Denn: Lernen ist eine Aktivität – eine Aktivität, die von den Lernenden aktiv angenommen werden muss und von Lehrenden unterstützt wird. Die Digitalisierung bietet bisher noch lange nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten, den Studierenden in all ihrer individuellen Vielfalt hilfreiche Lernangebote zur Verfügung zu stellen – Lernangebote für Inhalte und Zusammenhänge, die nicht unbedingt den ständigen persönlichen Kontakt mit Lehrenden oder Coaches erfordern. Gerade dadurch kann die persönliche Kontaktzeit umso wertvoller gestaltet werden, worin eine zentrale Chance der Digitalisierung besteht.

Die Hochschule Bremerhaven nimmt diese Herausforderung aktiv an und hat die Förderung innovativer Lernumgebungen in ihrem Hochschulprofil explizit verankert. Bereits in der Vergangenheit wurde die Hochschule für ihre innovativen Ideen in der Lehre ausgezeichnet. Der erforderliche Aufwand zur aktiven Gestaltung dieser Entwicklung erfordert jedoch nicht nur Ressourcen sondern auch eine Neuorientierung bei der Gestaltung der Lehrverpflichtung von Lehrenden. ✖

PROF. DR.-ING. PETER RITZENHOFF
Rektor der Hochschule Bremerhaven

FRANKFURTER BUCHMESSE

Die Frankfurter Buchmesse ist die größte Buchmesse der Welt und findet bereits seit 1949 statt. Auch viele Bremer Autoren, Buchhändler und Verlage präsentieren sich bei dem Branchentreff.

CDU-FRAKTION AUF FRANKFURTER BUCHMESSE

Ob im Viertel, in Schwachhausen oder der Bremerhavener Innenstadt: Der Buchhändler um die Ecke kennt im Zweifel nicht nur die persönlichen Lese-Vorlieben und bietet ausgezeichnete Beratung, sondern ist in wohl jedem Stadtteil eine wichtige Säule der Lese- und Literaturkultur.

Trotz Zeiten von Amazon & Co gibt es auch in Bremen und Bremerhaven viele persönlich geführte Buchhandlungen. Mit steigender Tendenz: Seit 2013 ist die Zahl der Buchläden von 26 auf 30 und die der Verlage von 7 auf 10 in unseren beiden Städten gewachsen. Für viele von ihnen ist die jährliche Frankfurter Buchmesse als wichtigste Branchenveranstaltung ein Pflichttermin. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp und der kulturpolitische Sprecher Claas Rohmeyer haben die Einladung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels die Messe zu besuchen, auch in diesem Jahr genutzt, um vor Ort mit den Buch- und Literaturexperten aus Bremen und Bremerhaven ins Gespräch zu kommen. »Es ist wirklich beeindruckend, was engagierte Buchhändler und Verlage bei uns mit den kleinsten Mitteln auf den Weg bringen. Und das sehr erfolgreich, obwohl der Wettbewerb vor allem online enorm ist«, sagt Thomas Röwekamp. Die Bremer Verlegerin Gabriele Becker vom kleinen Verlag Wellenschlag stellte zum Beispiel in diesem Jahr mit kleinsten Bordmitteln unter dem Titel »Bremen liest!« die erste Bremer Literaturnacht auf die Beine. 40 Autorinnen und Autoren aus der Region und 14 Buchhandlungen und Verlage luden im Spätsommer zu einer literarischen Tour durch die Bremer Stadtteile ein. Hinzukommen zahlreiche weitere Events der Händler und Verlage wie Veranstaltungen zum »Welttag des Buches« oder Unterstützung des jährlichen Vorlese-

wettbewerbs für Kinder. »Wir wollen, dass auch die Politik dieses Engagement noch mehr unterstützt und die wichtige kulturelle Arbeit der Branche wertschätzt. Das ist ein Thema, das ich in die Kulturdeputation mitnehme«, macht Claas Rohmeyer deutlich. Denkbar sei darüber hinaus eine jährliche Auszeichnung des Bremer Buchhandels, flankiert von literarischen Veranstaltungen. »Bücher im Allgemeinen, aber auch Buchhandlungen und Verlage im speziellen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung, aber auch zur regionalen Identität und zur Stärkung der Demokratie«, so Röwekamp abschließend.

INTERVIEW MIT CAROLA MARKWA

GESCHÄFTSFÜHRERIN BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS NORD

AUSGUCK: Wie ist es um den Buchhandel und die Verlage in Bremen bestellt?

CAROLA MARKWA: Die verschiedenen Viertel in Bremen und Bremerhaven bieten ein attraktives Umfeld für die Buchbranche. Anders als man vielleicht annehmen würde, sind die Zahl der Verlage und Buchhandlungen in den vergangenen Jahren sogar leicht angestiegen. Die digitalen Möglichkeiten eröffnen gerade kleinen Verlagen neue Möglichkeiten.

AUSGUCK: Warum schätzen so viele Menschen in Zeiten von Amazon & Co den kleinen Buchladen um die Ecke so sehr?

CAROLA MARKWA: Eine besondere Stärke des unabhängigen Buchhandels ist die Beratung. Im Buchladen um die Ecke sind Sie kein Algorithmus, sondern werden als Mensch wahrgenommen. Es gibt tatsächlich Kunden, die schon lange im Ausland leben, und sich trotzdem noch an ihren Buchhändler des Vertrauens in der alten Heimat wenden, weil eben sonst niemand so gut die Vorlieben kennt. Das kann ein digitales Angebot nicht leisten.

AUSGUCK: Welche Bedeutung haben Buchläden für Städte wie Bremen und Bremerhaven darüber hinaus?

CAROLA MARKWA: Die Buchhandlungen ermöglichen durch Events oder Leseförderung einen niedrigschwelligen Zugang zu kultureller Teilhabe. Die Kolleginnen und Kollegen in Bremen sind wahnsinnig aktiv, vernetzen sich und gehen vor Ort an Schulen oder Kindergärten. Gerade auch im ländlichen Bereich sind Buchhandlungen ganz wesentliche Anlaufstellen, um sich durch das Buchangebot über das aktuelle Zeitgeschehen, über Politik oder Persönlichkeiten zu informieren. ✖

IMPRESSUM

AUSGUCK

CHRISTDEMOKRATISCH HANSEATISCH UNTERHALTSAM

EIN MAGAZIN DER
CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421-30894-0 · F. 0421-30894-44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):
Rebekka Grupe
(Pressesprecherin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
6.000 Exemplare

Layout:
eyecon.eu | Visuelle Kommunikation
Am Rüten 6, 28357 Bremen

Art Director:
Jens Krummreich

Fotos:
Claudia Grabowski, Bremische Bürgerschaft, Till Lenecke (Schünemann), Shutterstock, Carola Markwa (privat), Tim David Müller-Zitzke

Texte:
Rebekka Grupe,
Prof. Dr.-Ing. Peter Ritzenhoff

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

FACEBOOK:
CDU-FRAKTION LAND BREMEN

TWITTER:
TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

77648

Postvertriebsstück
Deutsche Post
Entgelt bezahlt

ausguck
CDU Bürgerschaftsfraktion
Am Wall 135
28195 Bremen

DER ROT-GRÜNE FEHLER

ROT-GRÜN STIMMT GEGEN GERECHTERE FINANZEN FÜR BREMERHAVEN

Im September hat sich die CDU-Fraktion für ein neues Finanzzuweisungsgesetz zwischen dem Land und seinen beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven stark gemacht (AUSGUCK 3.18 berichtete). Die Initiative, die für gleichwertige Lebensverhältnisse in beiden Städten sorgen und der Seestadt gerechte finanzielle Unterstützung zusichern soll, erreichte im November auch das Parlament. Die Abstimmung der Bremerhavener Abgeordneten von SPD und Grünen gibt allerdings zu denken.

Denn die rot-grünen Vertreter aus der Seestadt stimmten gegen eine neue und gerechtere Finanzzuweisung und verhinderten damit eine Verbesserung für die Menschen in Bremerhaven. Denn es geht bei der Neuregelung der innerbremischen Finanzströme nicht nur um Formalien, sondern um ganz konkrete Erleichterungen für die Seestadt und ihre Einwohner. So gehören zu den ungeklärten finanziellen Baustellen und ungelösten Belastungen unter anderem die Kosten für das Personal und die Infrastruktur für Schule und Polizei. »Seit Jahren gibt es keine solide Grundlage dafür, in welcher Höhe Bremerhaven seine Ausgaben dafür vom Land erstattet bekommt. Das ist aber Voraussetzung, um für Bremerhaven verlässlich zu planen und unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen. Vor diesem Hintergrund macht es sicher nicht nur mich fassungslos, dass die Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordneten von SPD und Grünen gegen eine Novellierung gestimmt haben«, macht Christine Schnittker deutlich, CDU-Abgeordnete aus der Seestadt. Dabei entwickeln sich die Lebensverhältnisse in Bremen und Bremerhaven immer weiter auseinander und die Seestadt hat eine deutlich geringere Steuerkraft als Bremen.

Die Schwächen der bisherigen Regelung sind allen bekannt und sollten ursprünglich bereits zu Ende 2016 überarbeitet werden.

Doch der rot-grüne Senat hat in mehr als drei Jahren keinen Änderungsvorschlag vorgelegt. »Seit 2015 existiert zwar eine sogenannte Senatsarbeitsgruppe, doch konkrete Ergebnisse und Vorschläge sind Fehlanzeige. In drei Jahren ist der Senat keinen Millimeter weitergekommen«, kritisierte Thomas Röwekamp die Regierung während der Debatte. 49 Mio. Euro fehlen Bremerhaven an finanziellen Zuweisungen aus Bremen. »Wenn es nicht endlich ein neues Gesetz gibt, kann sich Bremerhaven insolvent melden«, unterstreicht Röwekamp den Handlungsdruck.

Auch die Kompensation der wegfallenden Einnahmen durch die Abschaffung der Kita-Gebühren ab dem kommenden Jahr sind ungeklärt. Ohne neue Regelung beläuft sich die Lücke für Bremen und Bremerhaven im Jahr 2019 auf 9,5 Mio., in 2020 sogar auf 24,5 Mio. Euro. »Das ist insbesondere für Bremerhaven eine gewaltige Belastung, die dringend gelöst werden muss. Es ist unverantwortlich, dass die Koalition eine zügige Novellierung weiterhin blockiert. Die Leidtragenden sind am Ende vor allem die Bremerhavener«, kommentiert Röwekamp das Abstimmungsverhalten von SPD und Grünen. FDP und Linke hatten dagegen einer Überweisung des Antrages in Teilpunkten zugestimmt. ✖